

Archiv
Verband der Sozialdemokraten
Postfach Deutschland
27

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/SVI/48 - 27. Februar 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Verwoerd und der deutsche Lehrer Niedermayer</u> Zur: Besuch des südafrikanischen Ministerpräsidenten Von Hans-Jürgen Wischnowski, MdB	45
2 - 3	<u>Bonner Druck auf München</u> Nach dem Rücktritt des CSU-Vorsitzenden Dr. Seidel Strauss schießt sich nach vorn	62
4 - 5	<u>Die Chance Mennis</u> Vor dem Kongress der Linkssozialisten Von unserem Korrespondenten in Rom, Franco Magnani	103
6	<u>Zu allen Wahlen wieder</u> Zur Königswinter Tagung der CDU-Sozialausschüsse	48
7 - 8	<u>Schack dem Verkehrswirrwarr!</u> Die Verkehrskonferenz der SPD in Stuttgart	105

* * *

Verwoerd und der deutsche Lehrer Niedermayer

Von Hans-Jürgen Wischniewski, MdB

Der Regierungschef der Südafrikanischen Union Verwoerd hat seinen Besuch in der Bundesrepublik angesagt. In den letzten Monaten sind viele Politiker aus Afrika in der Bundesrepublik mit der grössten Herzlichkeit empfangen worden. Diese Herzlichkeit kann Herr Verwoerd keineswegs für sich in Anspruch nehmen. Im Gegenteil: Wir sind davon überzeugt, dass die grosse Mehrheit unserer Bevölkerung dem Besuch Verwoerds durchaus ablehnend gegenübersteht. Mit dem Namen Verwoerd ist die Rassenpolitik in der Südafrikanischen Union aufs engste verbunden. Rassenpolitik haben wir in Deutschland schon kennengelernt. Sie führt immer ins Unglück. Die Rassenpolitik von Pretoria mag anders sein, als sie es bei uns war. Unmenschlich ist sie auch. Methoden und Massnahmen der südafrikanischen Rassenpolitik sind in letzter Zeit sogar noch wesentlich verschärft worden.

Da Herr Verwoerd nun aber kommt, ist die günstige Gelegenheit gegeben, den Fall des deutschen Lehrers Viktor Niedermayer zu klären. Wir haben den Eindruck, die Bundesregierung hat sich bisher um diese Angelegenheit wenig oder gar nicht gekümmert. Wir werden deshalb diese Angelegenheit im Parlament zur Sprache bringen müssen.

Der Lehrer Viktor Niedermayer war im Sommer des vergangenen Jahres mit seiner Frau und drei Kindern (4, 7 und 9 Jahre alt) mit einem Fünf-Jahres-Vertrag mit Bundesunterstützung an die deutsche Schule nach Johannesburg gekommen, um dort zu unterrichten.

Für die Kinder hatte die Familie Niedermayer wie landesüblich ein afrikanisches Kindermädchen angestellt, das die Kinder hervorragend betreute. Auf Bitten der Kinder gestatteten die Eltern, dass die drei Kinder für einige Tage den Wohnsitz der Familie des afrikanischen Kindermädchens bei Transvaal besuchten. Dort spielten sie selbstverständlich auch mit afrikanischen Kindern. Nach zwei Tagen wurden die Kinder deshalb von der Polizei geholt und in ein Fürsorgeheim gesteckt. Die Eltern wurden von diesen Massnahmen nicht verständigt. Das sind die Auswirkungen der unmenschlichen Politik der Rassentrennung.

Aber damit nicht genug. Niedermayer wurde vom Vorstand der deutschen Schule suspendiert. Ausserdem wurde ihm vom Innenminister der Südafrikanischen Union mitgeteilt, dass sein Visum nicht mehr verlängert wird und er das Land trotz Fünf-Jahres-Vertrag vier Jahre früher zu verlassen hat.

Wir wissen bisher nicht, welche Schritte die Bundesregierung unternommen hat, um diese deutsche Familie vor weiteren Massnahmen der südafrikanischen Behörden zu schützen. Eine Änderung der Situation ist jedenfalls nicht eingetreten. Soweit die getroffenen Massnahmen überhaupt zurückgenommen werden können, ist das nicht geschehen. Wir erwarten, dass die Bundesregierung diese Angelegenheit sofort in Ordnung bringt. Herr Verwoerd kommt also im richtigen Augenblick.

Im Übrigen wollen wir in der Bundesrepublik mit der Rassenpolitik der Südafrikanischen Union nicht das geringste zu tun haben.

Bonner Druck auf München

Von Georg Kahn-Ackermann

Wenn nicht noch im letzten Augenblick eine Palastrevolution ausbricht - und vorläufig sind kaum Anzeichen dafür erkennbar - wird Verteidigungsminister Franz Josef Strauss am 18. März neuer Landesvorsitzender der CSU. Für viele der in der bayerischen Landespolitik tätigen christlich-sozialen Politiker ist der Rücktritt von Dr. Hanns Seidel ziemlich überraschend gekommen, nachdem in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt worden war, Dr. Seidels Gesundheitszustand habe sich derartig verbessert, dass wenigstens an eine mögliche Rückkehr in die Politik gedacht werden könne. Man geht wohl auch nicht in der Annahme fehl, dass dieser überraschende Rücktritt des bisherigen Parteivorsitzenden auf neuerliches Drängen führender Persönlichkeiten der CSU-Landesgruppe in Bonn mit Hinblick auf die Bundestagswahl erfolgte.

In München sieht man den Landesvorsitz aus vielen Gründen ungern nach Bonn abwandern, aber ausser Minister Strauss ist weit und breit kein Kandidat mit der nötigen Statur zu sehen und vor allem keiner, der auf die geschlossene Unterstützung der Delegierten bei der Neuwahl des Vorsitzenden rechnen kann. Neben dem Fraktionsvorsitzenden und Staatssekretär Dr. Franz Heubl sind Finanzminister Rudolf Eberhardt und Wirtschaftsminister Schedl als mögliche Kandidaten genannt worden. Bisher handelt es sich dabei indessen um reine Spekulationen und Heubl und Eberhardt haben bereits erklärt, dass sie nicht gegen Strauss kandidieren werden. So richtet sich das Interesse der Öffentlichkeit mehr auf die Frage, wer als Stellvertreter des neuen Landesvorsitzenden benannt werden wird. Auch hier ist noch alles offen, umso mehr, als einer der Stellvertreterposten praktisch durch Finanzminister Eberhardt besetzt ist. Dass Dr. Seidel sich das Amt eines Stellvertreters aufdrängen lassen wird, ist äusserst unwahrscheinlich. Die Einigung auf einen Kandidaten scheint gegenwärtig zusätzlich durch die Forderung der bäuerlichen Gruppe in der CSU erschwert, die einen Bauernvertreter auf dem Sessel des stellvertretenden Landesvorsitzenden wünscht.

Alles in allem gewinnt man den Eindruck, dass sich die CSU in München durch den von der Bonner Landesgruppe inspirierten Rücktritt ihres Parteichefs etwas überfahren fühlt. Umso mehr als dieser Rücktritt die CSU-Landtagsfraktion in einem Augenblick traf, in dem sie mühsam mit einer Reihe von inneren Spannungen recht und schlecht fertig geworden war, die sogar eine wohl mehr dem Temperament als der Überlegung entsprungene Rücktrittsdrohung des jungen Fraktionsvorsitzenden Dr. Heubl gezeitigt hatten. Und neue Spannungen scheinen kaum vermeidbar, seit der stellvertretende Ministerpräsident und Finanzminister Rudolf Eberhardt nach langer Krankheit vor kurzem wieder in sein Amt zurückgekehrt ist. Zwischen ihm und Dr. Heubl besteht seit langen eine Rivalität um die Führung in der Landespolitik und das muss wie in der Vergangenheit wohl unvermeidlich zu neuen Reibungen führen, wenn Meinungsverschiedenheiten über den politischen Kurs auftauchen. Aus diesem Grund ist die Neuwahl der Parteispitze auch für die Frage nicht ohne Bedeutung, wer nach der nächsten Landtagswahl 1962 der Nachfolger Dr. Ehardts als bayerischer Ministerpräsident sein wird.

Welche Lösung aber mit Franz Josef Strauss an der Spitze auch immer getroffen werden wird, mit der Eigenständigkeit der CSU als Landespartei wird es dann noch mehr aus sein als schon bisher. Auch wenn zwei der bayerischen Landesregierung angehörende Stellvertreter gewählt werden, die ausserdem das Handicap haben, dass nicht sie, sondern der der engeren Parteispitze nicht angehörende bayerische Ministerpräsident die Richtlinien der bayerischen Politik bestimmt, verlagert sich der Schwerpunkt der CSU-Politik fast völlig nach Bonn. Dazu kommt, dass auch der Generalsekretär der Partei (Dr. Zimmermanns erneute Nominierung für den Bundestag ist von seinem Wahlkreis bis zur endgültigen Entscheidung in seinem Meineidsprozess im April aufgeschoben worden) mehr in Bonn als in Bayern antiegt. Darüber, dass diese Aussichten bei der CSU in München Unbehagen verursachen, besteht kein Zweifel, aber auch nicht daran, dass Franz Josef Strauss und die Mannen seiner Bonner Landesgruppe zur Stunde noch die kräftigeren Ellenbogen haben.

Die Chance Nenni

Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani

In den politischen Kreisen Roms sieht man dem Ergebnis des linkssozialistischen Parteitagcs - der in Mailand vom 15. - 20. März stattfinden wird - mit grösstem Interesse entgegen. Das in Mailand, Genus, Florenz und anderen Städten zustandegekommene Abkommen zwischen der Democrazia Cristiana, den Sozialdemokraten, Republikanern und Linksozialisten - das auf dem Gebiet der Gemeindeverwaltungen die "Öffnung nach links" verwirklicht hat - unterstreicht die Bedeutung, die ganz allgemein dem Parteitag der Nenni-Sozialisten zugeschrieben wird.

Gemeinsames

Um die heutige politische Lage Italiens in ihren Entwicklungsmöglichkeiten beurteilen zu können, muss immer wieder darauf hingewiesen werden, dass die heutige Regierung Fanfani - die zum ersten Mal eine Allianz mit den Linksozialisten einzugehen gewagt hat - aus einer Notlösung entstanden ist. Das Kabinett Fanfani ist aus dem Zusammenschluss aller Kräfte der demokratischen Mitte zustande gekommen. Sie alle haben im vergangenen Juli erkannt, dass eine sich auf die Neofaschisten stützende christlichdemokratische Regierung, wie diejenige Tanbroni, zwei grosse Gefahren mit sich führte: de facto die Anerkennung der politischen "Salonfähigkeit" der Neofaschisten, und - auf Grund der spontanen Volksempörung darüber - die Polarisierung sämtlicher antifaschistischer Kräfte des Landes um die kommunistische Partei. Die Anerkennung dieser durchaus nicht zu unterschätzenden Gefahren war das Gemeinsame, das alle Parteien der demokratischen Mitte miteinander verband.

Trennendes

Was dagegen diese Parteien trennte war die Meinung über die politische Entwicklung des auf diesen Grundlagen beruhende Kabinett Fanfani. Es war und ist eine Uneinigkeit darüber vorhanden, die nicht nur die verschiedenen, die Regierung unterstützenden Parteien trifft, sondern ebensosehr die in verschiedenen "Strömungen" und Flügeln aufgeteilte Democrazia Cristiana.

Gleich nach dem Zustandekommen der neuen Regierung war es allen klar, dass die Sozialdemokraten, Republikaner und die Linke der DC darauf hinausgingen, zu einer Zusammenarbeit mit den Linksozialisten zu gelangen. Ihrer Ansicht nach sei dies die einzige Möglichkeit, um der Regierung auf die Dauer eine bestimmte Stabilität zu sichern.

Es war von allem Anfang an klar, dass die Rechte sowie die Liberalen sich diesem Versuch mit all ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln widersetzen würden. Die Opposition der Kommunisten liegt auf der Hand. Diese wittern in der auf diese Weise vollzogenen "Öffnung nach links" den Versuch von seiten der DC, die Linksozialisten in das "klerikale Monopol" einzubeziehen. Genau so wie es De Gasperi mit den Republikanern und Sozialdemokraten im Jahre 1948 gelungen ist, so argumentieren sie, versuchen nun die Christlichdemokraten es mit Nenni zu tun. Daraus würde die völlige politische Isolierung der Kommunisten hervorgehen; gerade das was der kluge Togliatti bis jetzt stets zu verhüten versucht hat.

Das Problem der "Stadtverwaltungen"

Die Lage im vergangenen Juli zwang sämtliche demokratischen Parteien, die Meinungsverschiedenheiten über die zukünftige Linie des Kabinetts Fanfani auf die Seite zu legen; einzig eine gewisse Stabilität musste erreicht werden. Der unmissverständliche Bock nach links, der für die letzten Gemeindewahlen bezeichnend war, hat dann plötzlich das äusserst schwierige Problem der Stadtverwaltungen aufgeworfen.

Die "Öffnung nach links", zu der sich Moro und Fanfani in einigen Städten nach langem Zaudern entschlossen haben, wurde ganz besonders von den Liberalen und dem rechten Flügel der DC stark bekämpft. Es wurde sogar mit einer Regierungskrise gedroht. Im Augenblick ist es der DC und den Sozialdemokraten an einer Regierungskrise durchaus nicht gelegen. Auch die Liberalen haben sich trotz aller Empörung über die "apertura" wiederum wohlwollender darüber geäussert. Ausserdem ist zu erwähnen, dass sogar die erzbischöfliche Kurie von Florenz sich mit der "Öffnung nach links" in den Stadtverwaltungen praktisch abgefunden hat. Sie hat erstaunlicher- und bezeichnenderweise diesmal keinen öffentlichen Protest mehr erhoben. Der Bürgermeister von Florenz, Le Pira, dürfte ungestört für das katholisch-sozialistische Bündnis eintreten.

Dieser neuen Haltung ist der Umstand nicht fremd, dass die Amtszeit des Präsidenten der Republik in einem Jahr ablaufen wird. Laut Verfassung hat der Präsident bereits im November 1961 nicht mehr das Recht, die Kammern aufzulösen. Eine Regierungskrise würde dagegen heute Gronchi nochmals, in letzter Minute, die Gelegenheit geben, im politischen Leben des Landes eine führende Rolle zu spielen. Es wäre gerade das, worauf sich die meisten Parteien zu fürchten scheinen und um jeden Preis vermeiden wollen.

Inzwischen wird der Parteitag der Linksozialistischen abgewartet. Es scheint heute, als hätte der linke Flügel in den letzten Wochen wieder etwas an Boden gewonnen, sodass Menzi kaum mehr als mit 50 Prozent der Delegierten-Stimmen rechnen könnte, genau soviel wie ihn vor zwei Jahren im Heapel aufgeflossen sind. Doch 58 Prozent der Stimmen würden Menzi auch diesmal dennoch genügen, um seine Abkehr von den Kommunisten bis zu Ende zu führen, auch wenn er - seiner knappen Mehrheit wegen - zu Massnahmen greifen müsste, die für die Parteeinheit äusserst gefährlich wären.

Zweifel

Die Italiener sind tiefgehende Individualisten. Die Geschichte der Sozialistischen Partei ist vollgesät mit Spannungen und Spaltungen, die im Grunde genommen dieser stark ausgebildeten Eigenschaft zuzuschreiben sind. Menzi wird dies bestimmt nicht übersehen können, was oben viele Demokraten an den Erfolg seiner autonomistischen Linie - und damit an eine Wendung im politischen Leben Italiens - zweifeln lässt.

Parallel zum Manöver Menzis läuft die Moro-Fanfani-Linie, die sich für eine gemässigte "Öffnung nach links" (auch auf nationaler Ebene) einsetzt. Es wäre richtiger hier von einer "Öffnung nach den autonomistischen Sozialisten" zu sprechen. Die Bildung einiger Stadtverwaltungen mit den Linksozialisten, sowie das eindeutige Versprechen der Democrazia Cristiana, in der sizilianischen Regionalregierung mit den Faschisten zu brechen, gehen darauf hinaus, Menzi in seinem Kampf um den Partei-Tag-Sieg zu unterstützen. Die Haltung der Christlichdemokraten gibt Menzi die Chance, die realen Zukunftsmöglichkeiten der von ihm vorgeschlagenen Politik - einer Allianz mit der DC - vor dem Parteitag klar darzulegen. + + +

Zu allen Wahlen wieder

ler. Der Katalog sozial- und wirtschaftspolitischer Forderungen, den die CDU-Sozialausschüsse am letzten Wochenende in Königswinter im Beisein des Bundeskanzlers zusammengestellt haben, ist kein neues Dokument. Ähnliche Wünsche an die Sozial- und Wirtschaftspolitik wurden von dieser Seite schon früher geäußert - und zwar immer dann, wenn Bundestagswahlen bevorstanden. Wünsche und Forderungen, mögen sie auch noch so berechtigt gewesen sein, blieben aber in der Regel nur auf dem Papier vermerkt, in der praktischen Gesetzgebung fanden sie kaum, und wenn, dann nur einen unzulänglichen Niederschlag. Es mag auch sein, dass die Führungskräfte innerhalb der CDU-Sozialausschüsse ziemlich klare Vorstellungen von einer freiheitlichen, sozial-gerechten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung haben - so wird die Forderung nach einer gerechteren Vermögensbildung von Vertretern der katholischen und evangelischen Soziallehre in gleicher Schärfe erheben wie von Sozialdemokraten - aber ihr Unglück ist ihre Ökonomie innerhalb einer Partei, die von den verschiedensten Interessengegensätzen zerrissen wird. Kommt es zum Schwarz, entscheidet bei der CDU die Neigung zum Grossbesitz.

Die Klagen der Sozialausschüsse richten sich im Grunde genommen gegen die Regierung, die seit 12 Jahren die Geschicke der Bundesrepublik leitet. Sie beklagen die ungeheure, das Gerechtigkeitsgefühl herausfordernde Vermögenskonzentration, die ungehemmte, den Bausparer um seine Hoffnungen betrügende Bodenspekulation, die, gemessen an der Produktivitätssteigerung, unzulängliche Lohn- und Gehaltsentwicklung, sie fordern den völligen Fortfall der Karenztage für Arbeiter, eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer an der Vermögensbildung, die paritätische Besetzung der Industrie-, Handels- und Handwerkskammern und kommen zu der Feststellung: "Solange es noch eine Konzentration des Produktionsvermögens in den Händen weniger und zugleich den Ausschluss des überwiegenden Teiles der Arbeiter von Eigentum an den Produktionsmitteln und an Grund und Boden gibt, ist die soziale Frage nicht gelöst". Wie verträgt sich dieses Erkenntnis mit dem Ausspruch eines bedeutenden Mitglieds der CDU, des Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier, die Grenzen des sozialen Rechtsstaates seien schon erreicht?

Viele dieser Forderungen entsprechen dem Godesberger Grundsatzprogramm der deutschen Sozialdemokratie. Der Vorstand der CDU-Sozialausschüsse scheint es, zum Unterschied von anderen führenden CDU-Repräsentanten, recht aufmerksam studiert zu haben. Aber das ist eben der Unterschied: Das Grundsatzprogramm verpflichtet die ganze Partei, sein Geist und seine Zielsetzung werden Grundlage und Leitmotiv für jede von Sozialdemokraten geführte Bundesregierung sein. Die Sozialausschüsse der CDU können nur für sich sprechen, sie haben innerhalb der jetzigen Regierungspartei kaum Einfluss, jedoch eine für die CDU äusserst nützliche Funktion: das soziale Mäntelchen zu sein, mit dem nach aussen hin die Partei Adenauers paradiere kann. Hätten die Sozialausschüsse entgegen der Behauptung des Bundeskanzlers, in der Vergangenheit einen wesentlichen politischen Einfluss auf die Willensbildung der gesamten CDU genossen, so wäre wohl kein Grund für die Aufstellung dieses Kataloges gegeben. In der Gesetzgebung war dieser Einfluss nicht zu spüren. Der bescheidenste Fortschritt auf sozialem Gebiet musste erst von der grössten parlamentarischen Oppositionspartei der CDU-Mehrheit abgerungen werden. Der Freund und Berater Adenauers, Bankier Pferdmenges, und die anderen Grossen aus der Wirtschaft fanden stets mehr Gehör als die Männer der Sozialausschüsse. Sie trugen das Los ständiger Kapitalationen.

Eines der brennendsten Probleme unserer Zeit ist der Strassenbau. Zwar werden auf den Schienenwegen noch immer rund 50 v.H. aller Güter - im Jahre 1959 rund 280 Millionen Tonnen, von insgesamt 508 Millionen Tonnen beförderter Güter - bewegt. Die Binnenschifffahrt hat knapp einen Anteil von einem Drittel am Güterverkehr. Doch der Güterverkehr auf den Strassen wächst, noch mehr jedoch der Personenverkehr. Schon jetzt verkehren rund 8 Millionen Personenkraftwagen auf unseren Strassen, die für den Verkehr von gestern schon nicht mehr ausreichend waren und dem Verkehr von morgen, wenn sich diese Zahlen verdoppelt haben werden, nicht mehr gewachsen sind. Die Strassenbauplanung von heute und das Bauprogramm müssen aber auf das Jahr 1975 ausgerichtet sein, wenn mindestens die doppelte Anzahl der heute verfügbaren Kraftfahrzeuge vorhanden sein wird und die SPD wünscht, dass jede Familie, wie in den USA, sich ihr eigenes Fahrzeug halten soll und damit auf den deutschen Strassen fahren kann.

Die gegenwärtige Verkehrsplanung und der Bau von Strassen ist vorwiegend auf den Ausbau der Autobahnen, Bundesstrassen und Landstrassen erster Ordnung gerichtet, während doch das Hauptproblem der erstickende Verkehr in unseren Städten ist. Hier sind die höchsten Zuwachsraten der Motorisierung anzutreffen, verdichten sich die Verkehrsbeziehungen zwischen Stadtzentrum und Umland, überschneiden sich Individualverkehr und Massonverkehr und machen den gesamten Verkehr zäflüssig. Während jedoch dem Bund und den Ländern die gesamten Mittel aus der Belastung des Kraftverkehrs, Kfz.-Steuer und Mineralölabgaben für die Strassenbaufinanzierung zur Verfügung stehen, sind die Gemeinden und Gemeindeverbände ausschliesslich auf Zuweisungen des Bundes oder der Länder für die Finanzierung ihres Strassenbaus angewiesen. Dieses Missverhältnis zwischen der Verteilung der Lasten und des Steueraufkommens aus dem Strassenverkehr ist eine der Ursachen für den Verkehrswirrwarr in unseren Städten.

Die Verkehrswirtschaft ist nicht nur eine Frage der Kosten, Tarife und des Wettbewerbs, der Bauplanung und Bauausführung, sondern ebenso der Verkehrserziehung und Verkehrsmoral. Alle Entflechtung des Verkehrs in besondere Wege des Schienenverkehrs, des Kraftverkehrs, Wege für Radfahrer, Fussgänger und ausreichender Parkraum, nützen wenig, wenn nicht ausreichende Kenntnis der Verkehrsregeln verhüten, dass jedes 40. Kind dem Verkehrstod zum Opfer fällt, jedes 7. Verkehrstopfer ein Radfahrer, jedes weitere siebente Opfer ein Mopedfahrer und mindestens jeder sechste Verkehrsverletzte ein Fussgänger ist. Besseres Verkehrsverhalten sollte durch Pflichtunterricht in den Schulen, aber auf harte Strafen für alle motorischen Verkehrsünder erzwungen werden. Wir können es uns nicht länger leisten, mit der Zahl unserer Verkehrstopfer zur Spitzengruppe der westlichen Welt zu gehören.

Dazu sagte abschliessend Willy Brandt: "Ich möchte hier die verbindliche Erklärung abgeben, dass eine von mir geführte Bundesregierung die Probleme der Verkehrssicherheit mit Vorrang behandeln wird. Zugleich möchte ich mich im Einvernehmen mit meinen politischen Freunden an alle Beteiligten wenden - und das ist unser ganzes Volk - an der Lösung dieser grossen und dringenden Gemeinschaftsaufgaben mitzuwirken".